

# Freiberger Anzeiger und Tageblatt.

Erste Ausgabe  
jeden Wochentags früh  
9 Uhr. Inserate werden  
den 11 bis Nachmittags  
3 Uhr für die nächste  
erscheinende Nummer  
angenommen.

Preis  
vierteljährig 15 Ngr.  
Inserate werden die  
gehaltene Zeile oder  
bereinigt mit 4 Ngr.  
berechnet.

Amtsblatt des Königl. Bezirksgerichts zu Freiberg, sowie der Königl. Gerichtsämter und  
der Stadtrathe zu Freiberg, Sayda und Brand.

N<sup>o</sup> 279.

Montag, den 1. December

1862.

Freiberg, den 1. December.

Öffentliche Gerichtsverhandlung, den 9. Decbr. Vormittags  
9 Uhr: Hauptverhandlung in der Untersuchung wider Friedrich  
Günzel aus Auerbach, wegen Brandstiftung.

Am nächsten Donnerstag Abends 7 Uhr findet im Rämpf'schen  
Saale das erste Concert der beiden Virtuosen, Concertmeister  
Drechsler und Professor Hause aus Dresden, statt; über ihre  
vorzüglichen Leistungen theilen wir nur noch einige Worte aus  
auswärtigen Blättern mit, wo es u. A. heißt: „Die Herren Con-  
certmeister Drechsler und Professor Hause, zur Zeit in Dresden,  
Gesterer Virtuosen auf der Violine, Letzterer auf dem Piano, veran-  
stalteten eine musikalische Soirée, für welche wir ihnen den wärmsten  
Dank schuldig sind. Wollten wir, ohne hier speciell auf das Pro-  
gramm einzugehen, beide Künstler in Vergleich zu einander stellen,  
so wüßten wir in der That nicht, welchen von Beiden wir höher  
stellen sollten. Beide, gleich groß in Beherrschung der technischen  
Schwierigkeiten ihrer Instrumente, sind ihre Productionen nicht nur  
vollendet in dieser Beziehung, sie bringen auch die mit gediegener  
Sachkenntniß gewählten Concert-Piecen mit einem Verständnis zu  
Gehör, welches den Kenner guter Musik auf das Vollständigste  
befriedigt und den Laien einen erhebenden Genuß gewährt, der ihm  
den Inhalt der Kunstschöpfungen ahnen und fühlen läßt. — Wenn  
wir auch bei solchen Concerten den Accent jetzt nicht mehr aus-  
schließlich auf die vollendete Technik legen können, so setzte es doch  
in Erfahrenen, mit welcher Rapidität und Sicherheit die gebotenen  
Schwierigkeiten, die nicht bloße Kunststücke waren, von den  
Herren Concertgebern besetzt wurden. Schließlich wünschen wir  
den so bescheiden auftretenden Künstlern eine recht zahlreiche Theil-  
nahme von Seiten des kunstliebenden Publikums.“

Infolge einer kürzlich ergangenen Verordnung des k. Finanz-  
ministeriums soll nunmehr der Eisenbahnbau (Chemnitz - Annaberg)  
an verschiedenen Stellen, soweit dies die Verhältnisse thunlich er-  
scheinen lassen, unverweilt in Angriff genommen werden. In Bezug  
auf die gegenwärtigen Nahrungsverhältnisse im Gebirge ist dies in  
der That eine wahre Wohlthat, und man erkennt in jener Berord-  
nung einen abermaligen Beweis von Fürsorge der Regierungs-  
behörde, die Nahrung vermitteln will, wenn auch die erforderlichen  
und mühsamen Vorarbeiten des Bahnbaues noch nicht überall  
vollendet sein konnten. Man hofft, daß bei dem Eisenbahnbaue  
auch den gegründeten Klagen wegen des Chausseetractes über den  
steilen Berg vom Ischopauer Chausseehaufe an nach Marienberg zu  
abgeholfen, resp. eine Verlegung dieser Straße von Ischopau weg  
in mehr südlicher Richtung erfolgen werde.

Aus Geyer schreibt man dem „D. Z.“: Da wir wissen,  
welches rege Interesse Sie an unserm Unglücke nehmen, so gestatten  
wir uns, Ihnen mitzutheilen, daß der Gang der Sammlung für  
unsre armen Abgebrannten im Ganzen nicht gerade ein recht günstiger  
gewesen ist; zwar ist bis jetzt durch die reichen Spenden des Königl.  
Hauses und vieler einzelner edler Geber hier die an sich ansehnliche  
Summe von etwas über 4000 Thlr. eingegangen, allein die Ein-  
gänge hören auf und bei dem großen Unglücke, dem großen Verluste,  
den dasselbe über einen so bedeutenden Theil der hiesigen Stadt  
herbeigeführt hat, erscheint jene Unterstützung immerhin schwach.  
Hoffen wir indeß noch das Beste!

## Tagesgeschichte.

Berlin. „Ich gebe mich der Hoffnung hin, daß der alte  
Friede und das alte Vertrauen wieder bei uns einkehren werde!“  
— Wer, der es mit Preußen und mit Deutschland wohl meint,  
möchte nicht wünschen, daß diese Hoffnung, die der König von Preußen  
einer Deputation des Brandenburgischen Provinziallandtages gegen-

über aussprach, in Erfüllung gehe? Aber wie soll es dazu kommen?  
Als der König von Bayern gesagt hätte: „ich will Frieden haben  
mit meinem Volke!“, änderte er sein Ministerium. Dasselbe ge-  
schah in Baden und seitdem herrscht dort Eintracht und Vertrauen.  
So lange das gegenwärtige Ministerium in Preußen bleibt, dürfte sich  
des Königs Hoffnung schwerlich bald erfüllen; denn es gehört einer  
Partei an, der man keine aufrichtig verfassungsmäßige Gesinnung  
zutraut. Die Deputationen, die fast täglich nach Berlin kommen,  
reden keine versöhnliche Sprache; die feudale Partei, die sich jetzt  
vorzugsweise die königliche und königstreue nennt, sucht der Mäch-  
tülle des Königthums von Gottes Gnaden eine Deutung zu geben,  
die sich schlechterdings nicht mit der Verfassung verträgt. Das  
Abgeordnetenhaus, welches im Sinne der großen Mehrheit des  
Volkes gehandelt hat, wird in der ministeriellen Zeitung verunglimpft  
in der Junkerpresse geschmäht, ohne daß eine Rüge der Anklage  
erfolgt, ja ungeahndet wird von gewissen Seiten zur einseitigen  
Aufhebung des Wahlgesetzes, also zur Verletzung der Verfassung  
aufgefordert. So lange Solches und Aehnliches von der Partei  
ausgeht, auf die sich jetzt das Ministerium stützt, — wie soll da  
im Bürgerthum Vertrauen entstehen? Ist nicht vielmehr zu fürchten,  
daß die Erbitterung wachsen wird? Und die Lage Preußens ist  
und wird mit jedem Tage mehr eine solche, welche Gleichgültigkeit zwischen  
Volk und Regierung gebieterisch verlangt.

Berlin. Die „Kreuzzeitg.“ berichtet: „Den beiden wegen Bruchs  
der Amtsverschwiegenheit durch Veröffentlichung des bekannten Briefs  
des Hrn. v. d. Seydt an den Kriegsminister v. Roon angeklagten  
Beamten des Kriegsministeriums, Barrow und Moll, ist jetzt das  
Urtheil des Staatsministeriums publicirt worden, nach welchem sie  
aus dem Staatsdienst ohne Pension entlassen werden.“

„Schon wieder“, schreibt man der „Bresl. Jtg.“ aus Berlin,  
„haben zwei Offiziere der Garde, darunter einer dem 6ten Regiment  
der Armee angehörend, ihre Zahlungen eingestellt. Der eine hat  
es bis zu einer Schuldenlast von 50,000 Thlrn., der letztere gar  
bis zu 100,000 Thlrn. gebracht. Dieser bietet im Accorde circa  
30 Proc., der erstere 50 Proc. Wenn die beiden Herren angeklagt  
werden sollten, so haben sie bereits ihren Gläubigern angedroht,  
sich auf den Einwand der väterlichen Gewalt zu stützen, der be-  
kanntlich durchgreifend ist. Natürlich hat keiner der Herren es beim  
Schuldenmachen gesagt, daß er noch unter väterlicher Gewalt stände,  
daß ihm also eine der Haupteigenschaften mangle, Schulden zu  
contrahiren. Der eine der Schuldner hat übrigens mit Regulirung  
seiner Schulden komischerweise eine hiesige sehr bekannte Persönlich-  
keit betraut, die selbst übermäßig verschuldet ist, die täglich mit  
Mobilier- und Personalexecutionen verfolgt wird, und der es bisher  
aller Anstrengungen ungeachtet noch nicht hat gelingen wollen, ihre  
eigenen Schulden zu reguliren.“

Wie bereits nach der „Kreuzzeitung“ erwähnt, erscheint  
unter dem Titel „König Wilhelm's Worte an sein Volk“ bei  
G. Hietzhier in Berlin eine vollständige Sammlung der Antworten,  
welche König Wilhelm I. den mit Ueberreichung von Loyalitäts-  
adressen beauftragten Deputationen ertheilt hat. Diese Sammlung  
wird, so hofft es die betreffende Anzeige Hrn. Hietzhier's, jetzt  
„nachdem jahrelang durch die demokratische Presse die Absichten und  
die wahre Meinung unsers geliebten Königs seinem treuen Volke  
verdächtigt und existirt worden sind“, eine gewichtige Mahnung  
und Stärkung zu festem und treuem Zusammenstehen sein. Er  
wendet sich an seine geehrten Gesinnungsgenossen in Stadt und  
Land mit der Bitte, für die möglichste Verbreitung der Schrift in  
allen Kreisen zu sorgen. Der Preis des Exemplars, zwei Bogen  
Lexikonoctav, betrage nur 1 1/2 Ngr.; Redactionen von Lokalblättern,  
welche die Broschüre denselben beizulegen beabsichtigen, sollen nur  
die Selbstkostenpreise berechnet werden.